

dbb regional magazin

Januar/Februar 2017 ■ 24. Jahrgang

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

1/2

Abwanderung

Der Osten wird attraktiver



Abwanderung:

Der Osten wird attraktiver

Die Abwanderung aus den neuen Bundesländern in den Westen ist so niedrig wie noch nie seit der Wiedervereinigung. So lautet das Fazit einer Studie, die das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) jetzt vorgelegt hat. In den zurückliegenden Jahren seien die Zahlen der Ost-West-Wanderung deutlich zurückgegangen. Die Nachricht lässt aufhorchen: Der Osten gewinnt an Attraktivität. Nichtsdestotrotz, so macht die Untersuchung aber auch deutlich, verlieren nach wie vor viele ländliche Kreise in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie dem südlichen Brandenburg weiter stark an Bevölkerung. Das Motto „Go West“ ist also nicht vollends vom Tisch.

Schon deshalb scheint die Feststellung, der Strukturwandel sei vollzogen und der Osten habe sich stabilisiert, zumindest teilweise zu wagemutig. Es gibt nach wie vor Licht und Schatten. Tatsächlich wurde für das Jahr 2014 nur noch eine Ost-Wanderung Richtung Westen von 3 300 Personen verzeichnet (jeweils ohne Berlin) – die mit Abstand geringste Zahl seit der Wiedervereinigung. Blickt man auf den gesamten Verlauf seit 1991, so ist die Zahl von zunächst rund 165 000 auf 25 000 im Jahr 1996 gesunken. Danach stieg sie aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern bis 2001 erneut an – bis auf 98 000. Seither ist sie sukzessive wieder abgesunken, stellen die Experten vom IW fest und weisen dabei auch auf Erhebungen des Statistischen Bundesamtes. Die Entwicklung sei „nicht allein von einer Abnahme der Zahl abwandernder Personen, sondern auch von zunehmenden Rückwanderern getragen“, heißt es ergänzend.

Sachsen-Anhalt, so konstatierte Landesministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) daraufhin, habe seit 2014 einen positiven Wanderungssaldo. Das Land werde „für immer mehr Menschen attraktiv“. Dafür sprächen auch Rückkehrer und Neuzugänge. Als Gründe führte Haseloff das mittlerweile gute Arbeitsplatzangebot und eine der bundesweit besten Kinderbetreuungen ins Feld. Auch Wohnungen seien in diesem Bundesland vielerorts noch gut und günstig, die Lebenshaltungskosten geringer als im Westen. Aber auch der Regierungschef räumte ein, dass der Abwanderungsstopp noch nicht überall greife.

Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, sah sich genötigt, mit Blick auf die Studie „einen ordentlichen Schluck Wasser in den Wein zu gießen“. Die Abwanderung Richtung Westen stocke nicht zuletzt, weil es in vielen ostdeutschen Regionen schlicht niemanden mehr gebe, der noch abwandern könne, wird Gleicke von der „Berliner Zeitung“ zitiert. Insbesondere die Herausforde-

rungen für die Kommunen würden nicht kleiner, sondern größer, zumal der Anteil älterer Menschen ständig steige. Die Kommunen müssten auch in Zukunft in der Lage sein, ihre zentralen Aufgaben – etwa in der Daseinsvorsorge – zu erfüllen, mahnte Gleicke. Strukturschwache Regionen in Ost und West müssten gefördert werden, schließlich seien es vor allem wirtschaftsstarke Städte, die von der Wanderungsbewegung profitierten.

■ Weniger Frauen gehen

Verändert haben sich nicht nur die Zahlen. Anfangs waren noch überproportional viele junge Frauen aus den neuen Ländern Richtung Westen abgewandert. Und für die in den

wirtschaftlich schwachen Regionen Ostdeutschlands verbleibenden jungen Männer gestalteten sich die Aussichten am Arbeitsmarkt sehr ungünstig – wie übrigens auch bei der Partnerfindung. „Diese Perspektivlosigkeit“, konstatieren die Autoren der IW-Studie, Wido Geis und Anja Katrin Orth, „führte zu großen sozialen Problemen. So war der Studie zufolge in den stark von der Abwanderung junger Frauen betroffenen Gebieten der Zuspriechung zu rechten Parteien besonders hoch.“

Nun haben sich die Wandlungsmuster verschoben: Seit 2008 verlassen mehr Männer



■ Anhaltender Männerüberschuss im Osten

Trotz der veränderten Geschlechterstruktur der „Wandernden“ haben sich die (Geschlechter-)Verhältnisse in den alten und neuen Bundesländern noch längst nicht angeglichen. Den Angaben zufolge waren 2014 im Osten 52,4 Prozent der 20- bis 49-jährigen Personen männlich – im Westen 50,5 Prozent. Der Männerüberschuss in dieser Altersgruppe im Osten bleibt beeindruckend: Er war 2014 am höchsten in Sachsen-Anhalt und Thüringen mit jeweils 52,7 Prozent, gefolgt von Sachsen mit 52,6 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern mit 52,4 Prozent und Brandenburg mit 51,6 Prozent. Das einzige Bundesland mit Frauenüberschuss ist laut der Studie Hamburg, wo der Männeranteil im Alter zwischen 20 bis 49 „nur 49,8 Prozent“ betrug.

Auch der nach Kreisen differenzierte Blick auf Männeranteile ist aufschlussreich. So war der Anteil der 20- bis 49-jährigen Männer im Thüringer Ilm-Kreis am höchsten (54,9 Prozent), gefolgt von der kreisfreien Stadt Kaiserslautern (Rheinland-Pfalz) mit 54,1 Prozent und der kreisfreien Stadt Suhl (Thüringen) mit 54,0 Prozent. Vor allem viele der ländlichen Gebiete in den neuen Bundesländern weisen der Erhebung zufolge sehr hohe Männeranteile auf.

■ Politik muss handeln

Zwar hat die Politik im Zusammenhang mit der Abwanderung aus ländlichen Gebieten in den neuen und teils auch den alten Bundesländern nur begrenzte Handlungsspielräume, meinen die Autoren der Studie. Wanderungsbewegun-

gen innerhalb Deutschlands ließen sich per se nicht steuern. Allerdings könne darauf hingewirkt werden, die von der Abwanderung besonders betroffenen Gebiete insbesondere für junge Menschen attraktiver zu machen. Das ist auch eines der Anliegen, die der dbb gemeinsam mit seiner Jugendorganisation im Rahmen der Mitarbeit an der Demografie-strategie der Bundesregierung immer wieder zur Sprache gebracht hat. Bessere Rahmenbedingungen sind unerlässlich. Und zwar nicht nur für die Ansiedlung neuer Unternehmen, sondern auch, damit die Bürgerinnen und Bürger sich auch künftig überall auf qualitativ hochwertige und für jedermann verfügbare Leistungen ihres öffentlichen Dienstes verlassen können.

cok

3

dbb

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Cornelia Krüger (leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Dr. Karola Gagelmann
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © cristina_conti / Fotolia

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 20, gültig ab 1.10.2016

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

den Osten Richtung Westen. Dennoch herrscht in vielen Teilen der neuen Länder noch immer ein starker Männerüberschuss. Im Jahr 2014 gingen demnach 3 244 Männer, aber nur mehr 92 Frauen in die alten Länder. Aber wie ein Blick auf einzelne Stadt- und Landkreise zeigt, verlieren einige Gebiete nach wie vor überproportional viele Frauen.

So wird in der Studie etwa auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) verwiesen, in dem mit 3,6 Personen je 1 000 Einwohnern die Nettoabwanderung von Frauen im Jahr 2014 am höchsten war, gefolgt von den Thüringer Landkreisen Altenburger Land mit 3,5 (Männer: 0,4) und Saale-Orla mit 3,4 (Männer: 1,6) sowie dem Elbe-Elster-Kreis in Brandenburg mit 3,4 Personen (Männer: 4,0). Als einen Hauptgrund dafür, dass weniger Frauen sich für einen Wegzug aus dem Osten entscheiden, vermuten die Verfasser der Studie die Perspektiven am Arbeitsmarkt. Diese hätten sich insbesondere im Dienstleistungsbereich, wo viele Frauen beschäftigt sind, deutlich verbessert.

Antrittsbesuch im Justizministerium:

Verlässliche Justiz gewährleisten

Zu einem Antrittsbesuch bei der neuen Justizministerin Mecklenburg-Vorpommerns kam der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 23. Januar 2017 in Schwerin mit Ministerin Katy Hoffmeister sowie Staatssekretärin Birgit Gärtner zusammen.

Knecht wies mit Blick auf die Gerichtsstrukturreform auf die Bedeutung eines funktionierenden Rechtsstaates hin: „Um diesen zu gewährleisten, braucht der öffentliche Dienst eine angemessene finanzielle Ausstattung und motiviertes

Personal. Hier könnte man, ohne dass es zu enormen Ausgaben kommt, im eigenen Ressort Regelungen schaffen.“ Das sei insbesondere mit Verbeamten im mittleren Justizdienst, der Beseitigung von Ungleichheiten bei Zulagen,



> Justizministerin Katy Hoffmeister und der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht.

objektiven Dienstpostenbewertungen, Beförderungen und auch mit gesteigerter Sicherheit bei der Dienstausübung möglich, erläuterte Knecht am Beispiel von Forde-

rungen der dbb Justizgewerkschaften. Ministerin Hoffmeister bot einen „kurzen Draht“ in der konstruktiven Zusammenarbeit an, auf die sie für die Zukunft baue. ■

dbb jugend in der Einkommensrunde:

Mahnwache in Schwerin

Im Rahmen einer bundesweiten Jugendwoche der dbb jugend (Bund) machten Jugendvertreter der Mitgliedsgewerkschaften des dbb mecklenburg-vorpommern am 23. Januar 2017 mit einer Mahnwache vor dem Schweriner Finanzministerium auf sich aufmerksam.



> Mitglieder der dbb jugend m-v im Gespräch mit Finanzminister Mathias Brodtkorb.

Vor Ort waren junge Mitglieder unter anderem aus den Bereichen Forst, Polizei, Verwaltung und Steuer. Ziel der Aktion war es, die Forderungen der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die anstehenden Tarifverhandlungen zu unter-

streichen. Dazu gehört insbesondere die Erhöhung der Azubi-Gehälter um mindestens 90 Euro, da bei den vergleichsweise geringen Einkommen eine prozentuale Erhöhung weit weniger ins Gewicht fällt. Diese Botschaft wurde direkt an Fi-

nanzminister Mathias Brodtkorb übergeben, der sich die Zeit nahm, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

„Wir wollen heute deutlich machen, dass der öffentliche Dienst nicht zu vernachlässi-

gen und ein wichtiger Standortfaktor ist. Um den öffentlichen Sektor im Vergleich zur privaten Wirtschaft attraktiv zu halten, brauchen gerade junge Leute schon während der Ausbildung Starthilfe – 90 Euro als Sockelbetrag sind da ein Schritt in die richtige Richtung“, betonte die stellvertretende dbb bundesjugendleiterin Liv Grolik. Karoline Herrmann, stellvertretende Landesjugendleiterin des dbb m-v ergänzte: „Junge Menschen brauchen Perspektiven, und der öffentliche Dienst braucht dringend junge Menschen. Daher sollte es doch gar keiner Erklärung bedürfen, warum nach der Ausbildung die unbefristete Übernahme folgen muss! Wer heutzutage noch davon ausgeht, dass allein der Begriff ‚öffentlicher Dienst‘ genügt, um guten Nachwuchs zu bekommen, braucht sich über mangelnde geeignete Bewerberzahlen nicht zu wundern.“ ■

Bertelsmann-Studie zur Beihilfe:

Unseriöse Forderung

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht hat die Anfang Januar 2017 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zur Krankenversicherungspflicht für Beamte als unseriös zurückgewiesen. Die Studie fordert die Abschaffung der Beihilfe und weiterer beamtenrechtlicher Sicherungssysteme wie der Heilfürsorge und unterstellt, dass Mecklenburg-Vorpommern Millionen Euro sparen könnte, wenn die Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wechselten.

„Die immer wiederkehrende Neiddebatte zwischen Rente und Versorgung wird nun um die Beihilfe erweitert“, so Knecht. Bei der Gesamtbeurteilung der Studie offenbare sich, dass sie viele leider auch unseriöse Spekulationen enthalte, weil sie unter anderem die Wirkung eines Systemwechsels auf die private Pflegeversicherung völlig ausblende. „Ebenso wenig befasst sich die Studie mit den absehbaren

Erhöhungen der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, die notwendig sein werden, um das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland zu sichern und vor dem Kollaps zu bewahren. In der Pressemeldung der Bertelsmann Stiftung wird zudem suggeriert, dass die Behandlungskosten für Beamte fast gedrittelt werden könnten, wenn nicht nach den Gebührenordnungen für Privatversi-

cherte abgerechnet würde“, kritisierte Knecht.

Die Studie unterstellt bei einer Versicherung der Beamten in der GKV dort Mehreinnahmen von 15 Milliarden Euro jährlich. „Allerdings hätten die öffentlichen Kassen die Hälfte davon zusätzlich als Arbeitgeberanteil zu tragen. Hinzu kämen notwendige Anhebungen der Besoldung und Versorgung, um solche zusätzlichen Beitragspflichten auszugleichen. Der Einspareffekt ist somit eher illusorisch.“

Der dbb m-v ist der Auffassung, dass das vorgeschlagene Konzept nicht nur die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährden, sondern über kurz oder lang zur Einheitsversicherung und dem Verlust von Wettbewerbselementen auf dem Gesundheitsmarkt führen würde. Der dbb m-v vertritt weiterhin die Posi-

tion, dass die Beihilfe neben Besoldung und Versorgung zum Gesamtpaket der Alimentation von Beamten durch ihren Dienstherrn gehört. Gerade das Beihilfesystem eröffnet eine gewisse Konkurrenzfähigkeit mit der Wirtschaft im Wettbewerb um beruflichen Nachwuchs. Entfällt diese, gefährdet das den Staat in der verlässlichen Leistungserbringung gegenüber seinen Bürgern.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Studie selbst einräumt, sich mit den Fragen des Beamten- und Verfassungsrechts nicht beschäftigen zu haben. Daran scheiterten jedoch bereits alle bisher vorgeschlagenen Modellansätze. Bestrebungen nach einer Abschaffung der eigenständigen Beihilfe durch Einheitszwangsversicherung oder Bürgerversicherung tritt der dbb m-v mit Entschiedenheit entgegen. ■

Länderfinanzausgleich:

Einheitlichkeit in der Besoldung gefordert

Der dbb mecklenburg-vorpommern begrüßt den im Dezember 2016 erzielten Kompromiss beim Länderfinanzausgleich. Bund und Länder hatten sich auf eine Neuordnung ihrer Finanzbeziehungen verständigt.

„Nachdem nun die weitere Unterstützung unseres Bundeslandes bis zum Jahr 2030 geregelt ist, erwarten wir von der Landespolitik ein Ende der besoldungstechnischen Experimente, denn das dafür immer wieder gern als Argument herangezogene ‚Ende des Länderfinanzausgleichs 2019‘ gehört ja nun der Vergangenheit an“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

Die Einigung gewährleiste einen richtigen Schritt hin zur grundgesetzlich geschützten Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik. „Daneben muss der Staat aber auch für seine Bediensteten eine Grundeinheitlichkeit mit Mindeststandards gewährleisten. Es ist schlicht inakzeptabel, dass beispielsweise im Strafvollzug und in der Wissenschaft bei der Be-

soldung Differenzen von bis zu 19 Prozent bei gleicher Arbeit bestehen, einzig davon abhängig, ob man in M-V oder in Bayern oder Baden-Württemberg beschäftigt ist“, betonte Knecht.

Eine attraktive und im Ländervergleich standhaltende Besoldung sei notwendig, damit der öffentliche Dienst flächendeckend auch künftig bestens

geeignetes, hoch qualifiziertes und motiviertes Personal an sich binden könne. Nur so sei eine Daseinsvorsorge rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr im Angesicht des demografischen Wandels möglich.

„Wenn die Landespolitik anfängt, ihre eigenen Bediensteten wertzuschätzen, kann sie Befürchtungen aus der Koalitionsvereinbarung, dass künftig kein ausreichendes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen mehr garantiert werden kann, wirksam entgegentreten“, so Knecht. ■

Gewalt gegen Beschäftigte:

Traurige Realität nicht hinnehmen

Physische und psychische Gewalt gegen Mitarbeiter gehören für Polizei- und Rettungskräfte zum harten Berufsalltag. Aber auch in vielen anderen Bereichen wie in Jobcentern, Finanz- und kommunalen Ämtern, bei den Gerichtsvollziehern oder in Schulen nehmen die Fälle in den letzten Jahren enorm zu. Politik wie Arbeitgeber müssen ihrer Fürsorgepflicht gerecht werden und sich schützend vor ihre Mitarbeiter stellen.

Der dbb m-v begrüßt daher die Initiativen, die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern ausgingen, nicht nur Mitarbeiter in Uniform besser zu schützen. Hierzu hat der dbb m-v mit GDL-Vertretern am 19. Januar 2017 bei einem Treffen mit Innenminister Lorenz Caffier sowie dem Inspekteur der Landespolizei, Wilfried Kapischke, darauf aufmerksam gemacht, dass die sinkende Hemmschwelle bei Übergriffen gegen Bahnmitarbeiter ebenfalls thematisiert werden muss. „Hier verzeichnen wir seit dem letzten Jahr eine Zunahme der gewalttätigen Angriffe um 28 Prozent“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht auf dem Schweriner Hauptbahnhof. Erste Erfahrungen zeigten, dass sich neben verstärkter Präsenz von Bundes- und Landespolizei



> Vertreter des GDL-Bezirks Nordost und des dbb m-v im Gespräch mit Innenminister Caffier: Volker Krombholz, Frank Nachtigall (beide GDL Nordost), Innenminister Lorenz Caffier, Polizeiinspekteur Wilfried Kapischke und dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht. (von links)

auch der präventive Einsatz von Kameras oder Bodycams positiv auswirke. „Die Zahl der Angriffe geht deutlich zurück,

wenn mögliche Täter wissen, sie werden aufgezeichnet“, so der Vorsitzende des GDL-Bezirks Nordost, Frank Nachtigall.

„Die Sicherheit der Bevölkerung und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat für uns oberste Priorität. Und deshalb freut es mich sehr, dass die Koordinierung und Abstimmung zwischen Landes- und Bundespolizei im Nordosten in den allermeisten Einsätzen hervorragend funktioniert. Die Polizistinnen und Polizisten halten zusammen und arbeiten zusammen – egal welches Wappen auf dem Oberarm prangt“, sagte Innenminister Lorenz Caffier und ergänzte: „Die aktuelle Entwicklung der zunehmenden Gewalt ist völlig inakzeptabel. Eine umfassende und intelligente Videoüberwachung von gefährdeten öffentlichen Plätzen, an Verkehrsknotenpunkten sowie im öffentlichen Personennahverkehr hilft, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu vermeiden.“

„Niemand muss sich beleidigen, bespucken oder angreifen lassen, schon gar nicht, wenn er sich mit seiner Arbeit in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellt, bei Verfehlungen darf es hier Null Toleranz geben“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. ■

> dbb jugend informierte Studierende in Güstrow

Am 19. Dezember 2016 war die dbb jugend mecklenburg-vorpommern mit einem weihnachtlichen Informationsstand an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow vertreten.

Bei frisch gebackenen Waffeln und heißem Kakao kam das dbb Team mit Studierenden der Fachbereiche Allgemeine Verwaltung, Steuerverwaltung und Polizei ins Gespräch und wies sowohl auf die Rolle der einzelnen Fachgewerkschaften, als auch auf die Be-

deutung des dbb als starker Dachverband hin.

Neben Gesprächen mit den Studierenden und Lehrkräften der Fachhochschule nahm sich auch die Direktorin der Fachhochschule, Dr. Marion Rauchert, Zeit für einen Austausch und betonte, wie wichtig es ist, dass die Studierenden gleich zu Beginn ihres Berufslebens durch uns über all ihre Möglichkeiten informiert werden. Im Bild: Karoline Herrmann, Liv Grolík, Dr. Marion Rauchert, Susanne Wienke und Andrej Thielebein (von links).



Rechtspflegertag 2016:

Politik muss Anreize schaffen

Am 23. November 2016 fand im Plenarsaal des Oberlandesgerichts Rostock der Rechtspflegertag des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) statt.

Über 60 Rechtspfleger hatten sich zur Fortbildungsveranstaltung Teil I „Aktuelle Entwicklungen im Grundbuchrecht“ angemeldet, für deren Durchführung der Verband den renommierten emeritierten Dozenten Helmut Wagner von der Fachhochschule Rotenburg an der Fulda gewonnen hatte.

Der Begrüßungsrede des BDR-Landesvorsitzenden Lars Birke folgte ein Grußwort des dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht. Dieser ging unter anderem auf den zwischen SPD und CDU nach den Landtagswahlen geschlossenen Koalitionsvertrag zur Fortsetzung der großen Koalition in M-V ein: „SPD und CDU haben es versäumt, Motivationsfaktoren für das vorhandene Personal zu vereinbaren. Gleichzeitig fehlen Anreize für junge Menschen, ihren Berufswunsch im öffentlichen Dienst zu sehen. Wir erwarten von den Koalitionären endlich ein Bekenntnis zum Personal des öffentlichen Dienstes. Wer die eigenen Leute als fünftes Rad am Wagen betrachtet, schwächt die Daseinsvorsorge des öffentlichen Dienstes – wir brauchen Klarheit, wohin die Reise geht. Dazu gehören beispielsweise auch Verbesserungen bei der Dienstpostenbewertung“, betonte Knecht. Der dbb Landesvorsitzende unterstrich außerdem die Forderung des dbb, künftig wieder zu wirkungsgleichen Übertragungen von Tarifabschlüssen auf die Beamenschaft zurückzukommen.

Im Anschluss stellte sich der neue Abteilungsleiter I des

Justizministeriums, der Vizepräsident am Oberlandesgericht, Kai Uwe, Theede den Fragen der Rechtspfleger. Hierbei wurden besonders intensiv die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Dienstpostenbewertung“ diskutiert.

Die uneinheitliche Vorgehensweise anderer Bundesländer von kompletter Bündelung aller Beförderungämter der Rechtspflegerlaufbahn bis zu einer bereits erstellten Bewertung in Anlehnung an das Genfer Schema wurden dargestellt und mit dem in Mecklenburg-Vorpommern angewandten Bewertungssystem der Firma „PiW“, welches für die Bewertung von Dienstposten in der allgemeinen Verwaltung konzipiert ist, verglichen. Die Vertreter des BDR legten anschaulich dar, dass die Besonderheiten der Justiz im Allgemeinen und jene des Berufes des Rechtspflegers in seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege im Besonderen, in diesem Bewertungssystem nicht dargestellt werden können und es daher auch derzeit fraglich sei, inwieweit ein einvernehmliches Ergebnis der Arbeitsgruppe erzielt werden kann.

Anschließend wandten sich die Gesprächspartner den Themen Beförderungen, Förderung der Anwaltslaufbahn, Auswertung der bisher umgesetzten Teile der Gerichtsstrukturen und des lange erwarteten Starts der Vertrauensarbeitszeit für Rechtspfleger, welche in Mecklenburg-Vorpommern bisher leider nur eine flexible Arbeitszeit ist, zu.



Auch hier brachten die in den Personalvertretungen aktiven Verbandsmitglieder gegenüber dem Justizministerium einerseits den Dank zum grundsätzlichen Durchbruch in dieser Frage aber gleichzeitig auch ihr Unverständnis über die unnötige Beschneidung des Teilnehmerkreises zum Ausdruck.

Abschließend informierte der Leiter des Fachbereiches Rechtspfleger über seine Vorschläge an das Oberlandesgericht und das Justizministerium zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung dahingehend, dass der fachtheoretische Studienteil auf mindestens 24 Monate ausgeweitet werden kann. Hierzu führte er aus, dass die gewonnene Studienzeit mit dem sinnvollen Erwerben sozialer aber auch wirtschaftlicher Kompetenzen in dann neu gefassten Studiengängen genutzt werden soll, um den immer weiter wachsenden Anforderungen des Rechtspflegerberufes gerecht werden zu können.

Der BDR unterstützt diese Bemühungen im Hinblick auf das Ansehen des Studiums und die leichtere Anerkennung im

Falle eines später möglicherweise geplanten Aufbaustudiums im Interesse der Attraktivität von Studium und Status des Rechtspflegers nachdrücklich.

„Junge Leute im öffentlichen Dienst brauchen motivierende Beschäftigungsbedingungen, um sie für einen Beruf im öffentlichen Sektor zu begeistern, aber auch, um sie nach erfolgreicher Ausbildung dort halten zu können“, unterstrich der BDR-Landesvorsitzende Lars Birke.

Das Thema Dienstpostenbewertung war auch Hauptinhalt eines ersten Gesprächs von BDR-Vertretern mit der neuen Justizministerin Katy Hoffmeister, das am 12. Dezember stattfand. Diese soll nach Wunsch des Justizministeriums bis zur nächsten Beurteilungsrunde (Stichtag 1. Mai 2017) abgeschlossen sein, um rechtssichere Beurteilungen und Beförderungen, so das JM, vornehmen zu können. Aufgrund der „Rechtsunsicherheit“ fanden 2015 keine und 2016 nur eingeschränkte Beförderungen (bis maximal A 11) statt. An dem Gespräch nahmen auch der Leiter des Fachbereichs Rechtspflege der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Sven Bielfeldt, und der Vorsitzende des Landesverbandes der Rechtsanwälte, Lars Geier, teil. So konnten die Positionen zur Dienstpostenbewertung, aber auch zum nicht minder wichtigen Thema der flexiblen Arbeitszeit, von unterschiedlichen Standpunkten beleuchtet werden. Die Ministerin sagte eine Prüfung beider Themen zu und stellte darüber hinaus ein weiteres Gespräch Anfang Februar zur Dienstpostenbewertung in Aussicht. ■

SBB-Chefin Nannette Seidler im Interview mit dem regional magazin:

Auf uns wartet ein arbeitsreiches Jahr

Ihre gewerkschaftliche Heimat ist die Deutsche Steuer-Gewerkschaft. Warum sind Sie damals in die Gewerkschaft eingetreten?

Meinen ersten Kontakt mit einer Gewerkschaft hatte ich 1993. Ich war neu in den Personalrat gewählt und besuchte eine Grundschulung zum Personalvertretungsrecht. Die Referentin war Helene Wildfeuer, die heutige Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Mir wurde schnell klar, dass Personalvertretung ohne Gewerkschaft nicht geht. Direkt nach dem Seminar wurde ich Mitglied der DSTG Sachsen.

Bei der DSTG sind Sie für die Frauenvertretung verantwortlich. Wofür setzten Sie sich insbesondere ein?

Dauerthema ist natürlich die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf diesem Gebiet haben wir schon viel erreicht, beispielsweise moderne Arbeitszeitmodelle oder Telearbeit. Ganz wichtig sind die Fragen der beruflichen Chancengleichheit von Frauen. Hier spielen dienstliche Beurteilungen eine große Rolle, die sich zu oft an täglicher Präsenz festmachen. Für Kolleginnen in Teilzeit oder nach Beurlaubung ist dies natürlich fatal. Letztlich wird schließlich mit diesen Beurteilungen die Voraussetzung für berufliche Karrieren geschaffen.

Ist mit der Wahl zur Landesvorsitzenden ein lang gehegter Wunsch wahrgeworden?

Ehrlich gesagt, nein. Als Stellvertreterin im SBB war ich mehr als zufrieden und in viele Prozesse eingebunden. Auch bei den DSTG-Frauen gibt es spannende Themen zu bearbeiten.

Als sich dann im Sommer die Situation ergab, dass der SBB Landesbund ohne Vorsitz stand, haben alle Stellvertreter zusammengestanden und die Aufgaben gemeinsam erledigt. Und daraus ist dann der Gedanke an die Kandidatur und damit die neue Aufgabe gewachsen. Dass die komplette Landesleitung mich darin unterstützt hat, ist dabei natürlich nicht zu unterschätzen.

Worauf kommt es Ihnen im neuen Amt an?

Für mich liegt die größte Stärke des SBB in seiner Vielfalt. Durch die große Zahl der verschiedenen Fachgewerkschaften haben wir Mitglieder aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes sowie der privatisierten Bereiche. Wir haben spezielle Vertretungen für Frauen, Jugend und Senioren. Es gibt Kommissionen und Arbeitsgruppen für aktuelle Themen. All diese Kompetenzen zu bündeln ist spannend und es macht uns zu einem ernst zu nehmenden Gesprächspartner in Politik und Verwaltung. Aus all diesen verschiedenen kleinen und großen Themen und Stimmen ein „WIR“ zu machen, ist mir ein besonderes Anliegen.

Welche Schwerpunkte setzen Sie für das Jahr 2017?

Das Jahr 2017 startet mit der Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder. Ich würde mich sehr wundern, wenn die Einkommensrunde ohne Aktionen über die Bühne ginge. Der dbb beamtenbund und tarifunion ist Verhandlungsführer und der SBB wird mit seinen Gewerkschaften gefordert sein. Die anschließende Übernahme der Ergebnisse auf den Beamtenbereich ist zwar signalisiert, aber natürlich bleibt auch dies abzuwarten.



> Nannette Seidler

Für das 2. Halbjahr 2017 haben wir einen Kongress geplant, der sich mit der Zukunft des öffentlichen Dienstes in Sachsen beschäftigt. Im Vorfeld dazu werden wir mit unseren Gewerkschaftern und betrieblichen Interessenvertretern das Gespräch suchen. Diese wissen schließlich genau, wo „der Schuh drückt“. Aber alle Einzelheiten kann ich natürlich noch nicht verraten.

Im Fokus unserer Arbeit steht auch weiterhin der Austausch mit Vertretern aus Politik und Verwaltung. Diese für die Themen unserer Kolleginnen und Kollegen zu sensibilisieren, Hintergründe zu erklären und vor allem bei wichtigen Themen gemeinsame Lösungen zu suchen, das ist klares Ziel unserer Arbeit.

Waren Sie schon immer am Politikgeschehen interessiert?

Ich denke schon. Spannend war für mich vor allem immer die Frage, wie Politik funktioniert. Das hat sich durch moderne Medien total verändert. In der aktuellen Zeit sehen und hören wir überall Unmut und Politikverdrossenheit. Sich aber ins Private zurückzuziehen, im

Freundeskreis zu meckern, wäre für mich kein Weg.

Gerade jetzt ist aktive und gelebte Politik aus meiner Sicht total wichtig. Objektive Information, Austausch mit Abgeordneten, Hinterfragen von Entscheidungen, all das braucht Zeit und macht Arbeit, aber Demokratie ist eben nicht zum Nulltarif zu haben.

Man hat heute den Eindruck, dass es zunehmend schwerer ist, junge Leute für die Gewerkschaftsarbeit zu motivieren. Sehen Sie Lösungsansätze für dieses Problem?

Ich bin überzeugt, dass junge Menschen sehr an Politik und aktuellen Themen interessiert sind. Eine ‚Gewerkschaft‘ fühlt sich aber wohl für den einen oder die andere irgendwie altbacken an. Vielleicht auch deswegen, weil in den Entscheidungsgremien oft lebenserfahrenere Gewerkschafter sitzen.

Außerdem werden uns die „kritischen“ Themen der jungen Kolleginnen und Kollegen oft erst später bewusst. Probleme bei beruflichen Perspek-

© privat

tiven oder Beförderungsmöglichkeiten stehen während der Ausbildung und in den ersten Berufsjahren einfach noch nicht so im Vordergrund. Kolleginnen erleben oft erst nach einer Beurlaubung, dass plötz-

lich im Beruf vieles schwieriger ist. Junge Leute müssen von jungen Leuten motiviert werden. Hier machen unsere Jugendvertretungen bereits eine tolle Arbeit. Überzeugen kann man junge Leute letzt-

lich nur mit Inhalten, nicht mit Werbeprämien. Ganz sicher müssen wir aber in der Präsentation unserer Arbeit noch mehr auf die Jugend zugehen und manchmal etwas mutiger sein.

Was sind ihre Stärken?

Bei mir ist das Glas immer halb voll, nie halb leer. Dieser positive Blick auf die Umwelt hilft auch in schwierigen Momenten.

Personalvertretungskommission:

Grundseminar absolviert

Der SBB führte Anfang Dezember 2016 eine Grundschulung nach § 47 (1) SächsPersVG für Personalratsmitglieder und Ersatzmitglieder durch und rundete damit das Personalratswahljahr 2016 ab.

Das Grundseminar richtete sich an Personalratsmitglieder und Ersatzmitglieder, die erstmals bei den Personalratswahlen 2016 gewählt wurden. Im Seminar wurden neben den personalvertretungsrechtlichen Grundlagen auch Vorschläge

zur betriebspezifisch optimalen Durchführungs- und Vorgehensweise besprochen.

Ein Schwerpunkt des Seminars lag bei der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit der Tagesordnungspunkte. Hierzu bietet

der Kommentar zum Personalvertretungsrecht folgende Information: Die Angaben in der Tagesordnung müssen es den Personalratsmitgliedern ermöglichen, sich ein genaues Bild über die zu behandelnden Angelegenheiten zu machen, damit sie sich sachgerecht vorbereiten können. Weitere Schwerpunkte waren die Ver-

hinderung der Teilnahme an der Sitzung sowie die Informationsweitergabe von einer Sitzung, wenn keine Teilnahme möglich war. Abgerundet wurde das Seminar mit einer Übersicht zur aktuellen Rechtsprechung.

André Ficker, Vorsitzender der Kommission Personalvertretungsrecht des SBB

SBB Seniorenvertretung:

Demografischer Wandel statistisch beleuchtet

Bei der Hauptversammlung der SBB Seniorenvertretung am 1. Dezember 2016 in Dresden stand der demografische Wandel im Fokus.



Doktorand Jan Kluge vom ifo Institut, Niederlassung Dresden, informierte anhand ausgewählter Zahlen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen über

die Bevölkerungsprognose in den sächsischen Landkreisen und Städten bis 2030. Er prognostizierte die Zunahme des Medianalters bis 2060 und den Anteil der über

60-Jährigen bis 2035 sowie deren flächenmäßige Verteilung in Deutschland. Ferner betrachtete er die Zuwanderung nach Herkunftskontinenten.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sei im Wachstum begriffen und könnte 2030 circa 30 Prozent betragen. Einen Zustrom dieser Arbeitskräfte nach Sachsen schätzte er als gering ein. Als Potenzial für den sächsischen Arbeitsmarkt sieht Kluge die Beschäftigungsquote der Frauen. Sachsen liege statistisch mit 59,2 Prozent vor Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bundesweit an der Spitze. Bayern folge mit 53,7 Prozent, das Schluslicht bilde Bremen mit 46,4 Prozent. Insgesamt sei „die aktuelle demografische Entwicklung sowohl Herausforderung als auch Chance.“

Verband Sächsischer Rechtspfleger:

Altes im neuen Gewand?

Der Verband Sächsischer Rechtspfleger (VSR) fordert eine deutlich verbesserte Personal- und Sachausstattung der Justiz im Rahmen der Modernisierung der Software „forumSTAR“ sowie der Entwicklung und Einführung der E-Akte.



© Gina Sanders / Fotolia

„Baytech“, ins Leben gerufen. Es sind somit 17 Jahre vom Startschuss bis zur flächendeckenden Einführung in Sachsen vergangen. Damit wurde die durchschnittliche 15-jährige Lebensdauer eines EDV-Programmes bereits überschritten. Es handelt sich nicht um einen temporären, sondern vielmehr um einen fortwährenden Prozess.

Neben dem Mehr an rechtlichem Fachpersonal bedarf es aber auch mehr professioneller Programmierer. Durch deren Fehlen können erforderliche Anpassungen von bereits bestehenden Textformularen, beispielsweise aufgrund von Gesetzesänderungen, nicht zeitnah vorgenommen und immer weniger der vormals zur Umsetzung zugesagten und erforderlichen Formulare an die Gerichtspraxis ausgeliefert werden. Dadurch nehmen die Mehrbelastungen für die Praxis deutlich zu. Aber auch neu auftretende Fehler werden nicht mehr kurzfristig behoben, sondern es müssen zeitaufwendige Behelfslösungen gefunden und umgesetzt werden. So ist von einer durch forumSTAR versprochenen Arbeitserleichterung bisher nichts zu spüren. Vielmehr hat dies zu erhöhter Arbeitsbelastung und steigender Frustration bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beigetragen.

Nach Auffassung des VSR können solche immensen Herausforderungen langfristig nur mit einem Mehr an Personal und Sachausstattung bewerkstelligt werden. Dies sollte nun auch endlich vom Dienstherrn erkannt und umgesetzt werden, damit Sachsen im Justizbereich zukunfts- und arbeitsfähig bleibt.

Maik Janich, VSR

„Wenn die sächsische Justiz den Gewaltakt der Einführung der elektronischen Akte sowie die Modernisierung der Fachanwendung forumSTAR seriös im angedachten Zeitplan bis zum Jahre 2022 umsetzen und auf die Akzeptanz der Mitarbeiter bauen will, dann bedarf es neben einer Einbindung in die Prozesse auch der professionellen Ausstattung der zuständigen Leitstelle für Informationstechnologie hinsichtlich Personal und Technik. Die geplanten weiteren Stellenkürzungen im Doppelhaushalt 2017/18 stehen diesem Ansinnen diametral entgegen und werden zu einem Scheitern der Projekte führen“, sagte der Vorsitzende des VSR, Lars Beyer, auf dem Rechtspflegertag am 30. November 2016 im Zwickauer Landgericht.

Hintergrund der Veranstaltung war die im Zuge der geplanten Einführung der elektronischen Akte notwendige Überarbeitung des Anwenderprogramms forumSTAR, welches von zirka 900 Rechtspflegern und nahezu ebenso vielen Richtern in

der ordentlichen Gerichtsbarkeit Sachsens tagtäglich genutzt wird. Dabei machte die Vorführung des Prototypen forumSTAR modern durchaus Mut, da alles einer kritischen Prüfung unterzogen wird und bereits bessere Lösungsansätze gefunden wurden.

Die Ersteinführung des Programms forumSTAR classic, welche im Zeitraum von 2008 bis 2015 erfolgte, war von mehreren Pannen, Fehlern und Ausfällen begleitet. Sie führte im Gerichtsalltag zu nicht unerheblichen Bearbeitungsverzögerungen für die Bürger und Frustration bei den Entscheidern. „Es kann nicht sein, dass aufgrund personell unzureichender Ausstattung zum Beispiel gesetzliche Änderungen erst nach über zwei Jahren umgesetzt werden“, legte Lars Beyer nach.

Für das Vorantreiben der weitergehenden Modernisierung, welche zwingend erforderlich ist und auch seitens des VSR befürwortet wird, werden jedoch

wiederum erhebliche Arbeitskraftanteile der Praxis via Abordnungen gebunden. Dabei stellt insbesondere die Rechtspflegerschaft einen Großteil der diese Projekte umsetzenden Mitarbeiter. „Das befürworten wir ausdrücklich. Anwendergerechte Endprodukte zu schaffen gelingt nur unter Einbeziehung der Praxis“, so Lars Beyer.

Doch anstatt die Anzahl der Stellen im Rechtspflegerbereich anzuheben, wird trotz des durch die Abordnungen anfallenden Mehraufwandes der Stellenabbau weiter betrieben. Hierbei wird seitens des Dienstherrn gern damit argumentiert, dass es sich bei der Entwicklung und Einführung der Projekte um eine nur temporäre Mehrbelastung handle und deshalb keine dauerhaft bleibenden Beamten eingestellt werden könnten.

Dass dies eine Fehleinschätzung ist, zeigt der Blick in die Vergangenheit. Das Projekt forumSTAR wurde bereits 1998, damals noch unter dem Namen

Bund deutscher Forstleute Sachsen: Kampagne gestartet

Am 16. Dezember 2016 traf sich eine Gruppe von acht engagierten Förstern zu einer Arbeitsrunde an der TU München in Freising. Das Thema des Workshops war die qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit der Forstleute.



> Workshop einmal anders: Prof. Dr. Michael Suda, Margret Kolbeck, Bernd Lauterbach, Siegfried Waas und Matthias Schmitt (von links) mit „Veranschaulichungsmaterial“.

Begleitet wurde der Arbeitskreis von Prof. Dr. Michael Suda und Gerhard Seidl. Suda ist Leiter des Lehrstuhls für Wald- und Umweltpolitik der Technischen Universität München. Seidl ist Dozent für Fortbildungen im Bereich Kommunikation, Führung, Projektmanagement und Organisationsentwicklung. Nötig wurde der Workshop aufgrund des Kartellrechtsverfahrens des Bundeskartellamtes: Dieses will im Rundholzverfahren gegen das Land Baden-Württemberg wesentliche Teile der Aufgaben der Forstwirtschaft unter das Primat des Wettbewerbsrechts stellen. Dies hat Auswirkungen auf die Bewirtschaftung und Pflege des Waldes in ganz Deutschland. Als Förster weh-

ren wir uns dagegen. Der Bund Deutscher Forstleute hat daher eine Gemeinwohlkampagne unter dem Thema: „Keine Waldbewirtschaftung ohne Gemeinwohl – Kein Gemeinwohl ohne Waldbewirtschaftung“ gestartet.

„Sie müssen Sachverhalte so darstellen, dass sie von denen verstanden werden, die sie noch nicht kennen“, so Gerhard Seidl. „Ein Beispiel: Wenn man annimmt, das Holzauszeichnen ist bereits ein Teil der ‚wettbewerblichen Tätigkeit‘, so kann das ein Förster nicht recht begreifen. Ein Kartellamtler sieht bei dieser Tätigkeit, dass mit der Holzauszeichnung die Menge – und damit auch der Preis – des zu entnehmenden Holzes bestimmt wird. Als Förster sehe ich darin unter anderem, was muss ich entnehmen, dass der verbleibende Bestand die richtigen Standardparameter erhält, also in Zukunft über Jahrzehnte gut wachsen und gedeihen kann und dass die Mischung im Bestand stimmt.“

*Udo Mauersberger,
Geschäftsführer BDF*

> Glückwünsche

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen gratuliert herzlich:

Heidrun Esper **DVG**

zur Wiederberufung zur ehrenamtlichen Richterinnen beim Sozialgericht Chemnitz.

dbb Jahrestagung 2017



© Friedhelm Windmüller

> Zur 58. dbb Jahrestagung in Köln war auch der SBB mit seinen Vertretern angereist. „Eine gelungene Veranstaltung“, so Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB. Im Mittelpunkt stand das Netzwerken sowie Antworten auf die Leitfrage „Europa – Quo vadis?“.

> SBB Frauenvertretung entwarf Jahresplanung



© SBB

Der Vorstand der SBB Frauenvertretung tagte am 13. und 14. Januar 2017 in Pulsnitz und legte die Schwerpunkte für das gewerkschaftspolitische Jahr fest. Die Unterstützung der Mitgliedsgewerkschaften beim Aufbau und der Optimierung ihrer Frauenvertretungen, die Mitwirkung bei der Neugestaltung und Modernisierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes (SächsFFG) und die Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen dabei im Mittelpunkt stehen.

Tanja Teich, Vorsitzende der SBB Frauenvertretung, informierte: „Gemeinsam mit dem Landesfrauenrat sind wir derzeit mit der Verwaltung des Sächsischen Sozialministeriums, Bereich Gleichstellung und Integration, im Gespräch, damit unsere Forderungen bereits im Gesetzentwurf des neuen modernen Gleichstellungsgesetzes berücksichtigt werden. Sobald uns der Gesetzentwurf zur Anhörung vorliegt, werden wir unsere Mitgliedsgewerkschaften beteiligen.“

Die Hauptversammlung der SBB Frauenvertretung wird am 10. April 2017 stattfinden. Schwerpunkt soll der Aufbau einer Frauenvertretung und deren Vernetzung sein. Als Gast erwarten die SBB-Frauen die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer. Die diesjährigen Infoveranstaltungen der SBB Frauen in Dresden, Chemnitz und Leipzig werden unter dem Motto „Sicherheit am Arbeitsplatz“ stehen. Im Bild: Margot Sarink, Monika Dietz, Tanja Teich (Vorsitzende), Birgitt Noack und Sabine Marz (von links).

Haushaltsüberschuss 2016:

Personalabbau ausgleichen

Der Landesvorsitzende des dbb, Wolfgang Ladebeck, fordert, den Haushaltsüberschuss aus 2016 von rund 350 Millionen Euro für Investitionen in mehr Personal zu verwenden.

„Nicht nur Lehrer und Polizisten sind an ihrer Belastungsgrenze angekommen, auch in der allgemeinen Verwaltung und in den Fachverwaltungen muss heute ein Kollege die Arbeit machen, für die vor Jahren noch zwei oder drei Bedienstete zuständig waren. Wenn dann noch besondere Situationen dazukommen, wie die Integration von Flüchtlingen oder besondere Gefährdungslagen, ist das Land personell nicht ausreichend vorbereitet“, sagte der dbb Landeschef.

Seit 2006 war der Abbau von Personal im öffentlichen Dienst eine zentrale Maßnahme der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung. Die Folgen sind unübersehbar,

nicht nur in der Bildung und bei der öffentlichen Sicherheit. Der jahrelange Personalabbau hat sich spürbar auf die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ausgewirkt. Die Daseinsvorsorge kann nicht mehr jederzeit und überall sichergestellt werden.

„Wir stehen personalpolitisch am Scheideweg. Ab diesem Jahr werden jedes Jahr mehr als 2 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes in den Ruhestand gehen. Auf die hohen Altersabgänge muss die Landesregierung vorbereitet sein und dort, wo das Land seinen Nachwuchs selbst ausbilden kann, zum Beispiel bei den Lehrerinnen und Lehrern oder den Polizisten seine Ausbildungskapazitäten bedarfs-



„Ich zeige Kriminellen die Grenze.“

Nadine Nestler
Zollinspektorin

gerecht erhöhen. Der Nachwuchs wächst nun mal nicht auf den Bäumen“, so Ladebeck. Mit seiner Nachwuchskampagne „Die Unverzichtbaren“ wirbt der dbb seit drei Jahren erfolgreich um moti-

vierten und talentierten Nachwuchs. Aus über 100 attraktiven Berufsprofilen im öffentlichen Dienst können interessierte junge Menschen ihren Traumjob finden. Mehr: www.die-unverzichtbaren.de ■

Polizei:

Beamte brauchen bessere Ausrüstung

Der Landesvorsitzende des Beamtenbundes, Wolfgang Ladebeck, fordert von der Landesregierung eine bessere Ausrüstung für die Polizei.

Nach Terroranschlägen und Amokläufen ist der Dienst der Polizeibeamten gefährlicher geworden. Nachdem die Eliteeinheiten der deutschen Polizei nach den Anschlägen in Paris zu Recht besser ausgerüstet werden, will Ladebeck auch für die Polizeibeamten im Land sichere Schutzwesten, ballisti-

sche Schutzhelme, moderne, durchschlagfähige Waffen und sondergeschützte Fahrzeuge.

„Wer seinen Kopf hinhält, muss auch an Kopf und Körper geschützt sein“, sagte Ladebeck, der auch Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft ist, der „Volksstimme“ (Ausgabe

vom 2. Januar 2017). Die aktuell im Einsatz befindlichen Schutzwesten und Helme sind nur effektiv gegen Neun-Millimeter-Munition und Schnitte, nicht aber gegen Langwaffen. „Wenn einer mit einer Kalaschnikow auf einen Polizisten schießt, ist er tot“, bringt es Ladebeck auf den Punkt. Oft seien es Polizeibeamte aus den Revieren, die in Extremsituationen vor den Spezialeinheiten als erste vor Ort sind. Polizeibeamte stehen dann möglicher-

weise schwerbewaffneten Tätern mit Kriegswaffen und Sprengmitteln gegenüber. Diese Täter nehmen oft noch dazu ihren eigenen Tod in Kauf. Die Erstkräfte der Polizei müssen mit wenig Informationen zur Lage und einem hohen Eigenrisiko schnellstmöglich Täter solange binden, bis Spezialkräfte zur Verfügung stehen. Abhängig vom Tatort und der Tatzeit kann dies mehrere Minuten bis Stunden dauern. „Deshalb müssen wir alles tun,

um das hohe Risiko, dem Beamte ausgesetzt sind, durch eine bessere Ausrüstung zu verringern.“ Die Maschinepistole MP5 sei als Langwaffe Standard bei der Polizei. Mit dieser Waffe könne man Terroristen mit Schutzwesten nicht wirklich aufhalten. Hier

müsse mit Augenmaß „Waffengleichheit“ hergestellt werden. Als Langwaffe käme für Ladebeck die MP7 mit größerer Reichweite und Durchschlagskraft infrage. An den Standorten der Polizeidirektionen in Magdeburg, Halle und Dessau fordert er zudem das

Vorhalten von sondergeschützten Fahrzeugen, die bereits in der Anfangsphase möglicher Anschläge bis zum Eintreffen von Spezialeinheiten zum Einsatz kommen. „Innenminister Holger Stahlknecht redet ständig von einem Antiterrorpaket – aber

bei den Polizisten vor Ort kommt nichts an“, so Ladebeck. Die Landesregierung will auf die gestiegene Terrorgefahr mit einem Antiterrorpaket, das Investitionen von rund 14 Millionen Euro über mehrere Haushaltsjahre umfasst, reagieren. ■

Philologenverband:

Zukunftsmodell Gymnasium

Auf dem Gewerkschaftstag des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt in Staßfurt am 24. November 2016 bestimmten die Delegierten aus den Gymnasien des gesamten Landes bildungspolitische Leitlinien und wählten einen neuen Vorstand.

Lehrerinnen und Lehrer für ihre Aufgabe als Klassenleiter angemessen zu entlasten sind. Schließlich wird mit Blick auf das Arbeitsklima an den Schulen des Landes angemahnt, dass die Lücke in den Nettoent-

Schatzmeister wird Rolf Laux aus Merseburg. Als Beisitzer gehören nun dem Vorstand Ines Gurschke (Weißenfels), Nadine Wegener (Tangerhütte), Peter Dammann (Naumburg) und Jörg Riemer (Weißenfels) an.

Nach Grußworten des Staßfurter Oberbürgermeisters Sven Wagner, des Vertreters des Salzlandkreises, Ulf-Peter Freund, und des Vertreters des Deutschen Philologenverbandes, Rainer Starke, stimmten das Grußwort der Staatssekretärin im Bildungsministerium, Edwina Koch-Kupfer, und der Festvortrag des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, auf die inhaltliche Arbeit ein. Unter dem Titel: „Das Gymnasium ist Zugpferd unseres Bildungswesens – und muss es bleiben!“ plädierte Kraus dafür, dem Gymnasium auch in Zukunft einen wichtigen Platz in der Bildungslandschaft einzuräumen und warnte eindringlich vor der Aushöhlung oder gar Abschaffung dieser Schulform. Ein umfassendes Bildungsideal, ein positiver Leistungsgedanke und die Erziehung zur gesellschaftlichen Verantwortung markieren die Grundfesten gymnasiale Bildung. Diese sollten selbstbewusst verteidigt und mit Inhalt gefüllt werden, erläuterte der Festredner.

Diese Impulse griffen die Delegierten in ihrer Antragsberatung auf und fordern in ihrem



> Iris Seltmann-Kuke, Rolf Laux, Thomas Gaube, Hermann Weinert, Ines Gurschke, Nadine Wegener, Peter Dammann und Jörg F. Riemer (von links).

Leitantrag die Beibehaltung des gymnasialen Lehramts mit einer zweiphasigen Ausbildung. Der Rückgriff auf Seiten- und Quereinsteiger darf bei Neueinstellungen nicht zur Normalität werden. Dazu müssen die Anstrengungen zur Nachwuchsgewinnung für den Lehrerberuf gesteigert und die Kapazitäten in der Ausbildung erhöht werden.

Weiter fordern die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer, dass die zunehmende Ausstattung der Schulen mit IT-Technik auch mit personellen Ressourcen unteretzt werden müsse und die

gelten zwischen angestellten Lehrkräften und Beamten geschlossen werden müsse. Dazu will sich der Philologenverband für die Einführung einer Entgeltstufe 6 im Tarifvertrag, analog zur Praxis bei Bund und Kommunen, einsetzen.

Zum Vorsitzenden der Gymnasiallehrer Gewerkschaft wurde Thomas Gaube, Schulleiter am Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“ in Halle, gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind für die kommenden fünf Jahre Iris Seltmann-Kuke aus Gardelegen und Hermann Weinert aus Halberstadt.

„Ich freue mich, dass die Delegierten einen tatkräftigen und zukunftsfähigen Vorstand gewählt haben, der eine gute Mischung der Geschlechter und Altersgruppen abbildet. Damit können wir die vor uns stehenden Aufgaben zuversichtlich anpacken und weiterhin als die maßgebliche Stimme für das Gymnasium in der Bildungspolitik des Landes aktiv werden. Die Herausforderungen werden gewiss nicht kleiner“, kommentierte der neu gewählte Vorsitzende Thomas Gaube die Entscheidung. ■

Gewalt gegen Lehrer:

Kein Privatproblem

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt ist bestürzt über die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage zur Gewalt gegen Lehrer. „Gewalt gegen Lehrkräfte ist ein Sachverhalt, über den auch in Sachsen-Anhalt seit vielen Jahren ein Mantel des Schweigens gelegt wird“, kommentierte der VBE-Landesvorsitzende Helmut Pastrik.

„Wenn die Forsa-Umfrage dazu dient, das Thema aus der Tabuzone herauszuholen, darüber offen diskutiert wird und alle Akteure Handlungsstrategien dagegen entwickeln, wäre das ein Erfolg.“ „Gewalt gegen Lehrkräfte“ wird von 57 Prozent der Befragten als Tabuthema angesehen. So ist es auch zu erklären, dass 15 Prozent der Befragten angaben, dass sie bei psychischen Angriffen durch Schüler nichts unternommen haben. Erfolgte der psychische Angriff durch Eltern, gaben sogar 35 Prozent der befragten Lehrkräfte an, den Vorfall nicht gemeldet zu haben.

Auch wenn in der Forsa-Umfrage Lehrer in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen befragt wurden, geht der VBE-Landesvorsitzende davon aus, dass die Umfrageergebnisse für Sachsen-Anhalt ähnlich ausfallen würden. Viele Lehrkräfte trauten sich nicht, Gewaltübergriffe öffent-

lich zu machen oder zur Sprache zu bringen. Die Gründe seien sehr vielschichtig, einer der Hauptgründe ist, „dass sie sich von der Schulleitung beziehungsweise vom Landesschulamt alleingelassen fühlen.“

Pastrik kommentiert: „Die Gewalt gegen Lehrkräfte wird häufig zum Privatproblem des Betroffenen erklärt. Fehlende Unterstützung durch die Verantwortlichen, Zweifel an der Erfolgsaussicht und die Angst vor den Folgen verhindern die konsequente Meldung und Verfolgung von psychischen und physischen Angriffen. Es ist aber Aufgabe des Dienstherrn, sich schützend vor und vor allem unterstützend hinter die Lehrkräfte zu stellen.“ Erst mit der im Jahr 2013 in Sachsen-Anhalt gestarteten Arbeit der Firma medical airport services findet eine Versorgung auf arbeitsmedizinischem Gebiet und eine psychologische Betreuung statt.

Cybermobbing ist ein Zeichen der zunehmenden Verrohung in der Gesellschaft. 77 Prozent der Befragten sehen eine Zunahme von Formen des Mobbings über das Internet. Fast jede dritte befragte Lehrkraft gab an, dass es Fälle an der Schule gab. Schlagworte wie Shitstorming, Bashing und andere zeigen, dass sich die Täter immer weiter ins Anonyme des Internets und sozialer Netzwerke flüchten. Zugleich wird aber auch deutlich, wie viel schwieriger es für die Betroffenen wird, den oder die Täter zu erkennen.

Ein wesentlicher Baustein in der Arbeit gegen Cybermobbing ist nach Auffassung des VBE die Stärkung der Medienkompetenz in den Schulen für Schüler, Lehrkräfte und Pädagogen. „Die Vermittlung von Medienkompetenz ist mehr als Computertechnik und Breitbandanschlüsse. Hier sind tiefgreifende und nachhaltige Konzepte gefragt, keine Schnellschüsse“, so Pastrik.

Dazu gehört auch ein eigenständiges Unterrichtsfach in allen Schulformen, in dem Medienkompetenzen vermittelt werden. Präventiv könnte neben Gesprächen mit den Schülern, einem Schulkodex und Kooperationen mit der Polizei und externen Institutio-

nen vor allem das Arbeiten in multiprofessionellen Teams und in ausreichend großen Räumen wirken. Allerdings werden die Rahmenbedingungen dazu von den Politikern bisher verweigert. Während 68 Prozent der Befragten die Zusammenarbeit mit multiprofessionellen Teams als sinnvoll für die Gewaltprävention erachten, arbeiten nur 41 Prozent der Lehrkräfte so. Dass die Politik reagieren muss, zeigt sich auch an diesem Ergebnis: 45 Prozent der Befragten erwarten von der Schulverwaltung und 58 Prozent der Befragten von der Landesregierung und dem Bildungsministerium, dass sie endlich mehr unterstützt und besser geschützt werden. „Deshalb fordern auch wir von der Landesregierung, dass Gewalt gegen Lehrkräfte kein Tabuthema mehr sein darf, Vorfälle verpflichtend dokumentiert sowie Statistiken dazu geführt und auch veröffentlicht werden. Außerdem müssen die Lehrkräfte wissen, an wen sie sich wenden können und was nach einem Übergriff zu tun ist. Schulen sollten zukünftig durch multiprofessionelle Teams unterstützt sowie Fortbildungsangebote hinsichtlich der Entwicklung der Medienkompetenz weiter qualifiziert werden. ■

Sekundarschullehrerverband:

Werteerziehung stärken

Der Sekundarschullehrerverband (SLV) Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass das Reformationsjubiläum 2017 genutzt wird, den Schulen mehr Raum für die Werteerziehung zu ermöglichen.

Unterstützend benötigen die Schulen die Hilfe von ausreichend qualifizierten pädagogischen Mitarbeitern, Sozialarbeitern und Fachlehrern. „Sachsen-Anhalt verfügt über

ein großes Potenzial kultureller Schätze. Zum Jahrestag der Reformation werden wir in Sachsen-Anhalt besonders viele Gäste nicht nur an den Wirkungsstätten Martin

Luthers begrüßen und da ist es besonders wichtig, dass wir uns als weltoffen und gastfreundlich erweisen. Höflichkeit und Respekt sind nur einige Werte, die von uns allen erwartet werden können“, sagte die Landesvorsitzende des Sekundarschullehrerverbandes, Claudia Diepenbrock.

Die Schulen hätten einen beträchtlichen Anteil an der Vermittlung demokratischer

Werte, Normen und Verhaltensweisen. Dafür benötige Sachsen-Anhalt kein neues Schulfach „Werteerziehung“, wie derzeit in einigen Bundesländern diskutiert wird.

„Zur Vermittlung von Werten müssen wir den bestehenden Fächerkanon, besonders den Religions- und Ethikunterricht, nutzen“, so Diepenbrock. Die Jugendlichen seien mit dem entsprechenden Wissen und

den Fähigkeiten auszustatten, mit denen sie selbstbewusst und von Werten geleitet ihren eigenen Weg in der Gesellschaft finden. Das gegliederte Schulwesen böte die besten Voraussetzungen dafür. Dieser Meinung ist auch der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR), Jürgen Böhm.

„Charakterlich gestärkte Jugendliche sind weniger

anfällig für politischen oder religiösen Extremismus. Dazu muss die Bildungspolitik in Deutschland endgültig die kontraproduktiven Schulstrukturereformen stoppen und anerkennen, dass vor allem ein vielfältiges, differenziertes Bildungswesen mit verschiedenen Wegen selbstbewusste junge Menschen hervorbringt und ihnen zum persönlichen Lebensglück verhilft“, ergänzt Böhm. ■

Demonstration vor der Staatskanzlei:

Weihnachtsgeld eingefordert

In Magdeburg haben Polizisten die Landesregierung am 5. Dezember 2016 daran erinnert, dass sie ihr Wahlversprechen, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen, nicht eingelöst hat. Dafür verteilten sie vor der Kabinettsitzung an die Minister Pakete mit „heißer Luft“.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte unter dem Motto „Alles gelogen und nur Wahlkampfgetöse“ gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und dem Bund Deutscher Kriminalbeamter zu dem Protest aufgerufen.

Nach Auffassung von Wolfgang Ladebeck hätten die Beamten zu Recht darauf vertraut, dass sie bereits in 2016 wieder Weihnachtsgeld erhalten. So hätten es jedenfalls CDU und SPD vor der Landtagswahl versprochen. Die



> Die Polizisten sind sauer, weil CDU und SPD vor der Wahl versprochen hatten, dass es schon 2016 wieder Weihnachtsgeld geben soll.

Gewerkschaften sprechen deshalb von Wortbruch. CDU, SPD und Grüne wollen ab 2017 die einst gestrichene Sonderzahlung wieder einführen und zwar 600 Euro für Beamte bis zur Besoldungsgruppe A 8, 400 Euro ab Besoldungsgruppe A 9 und 200 Euro für Beamtenanwärter. Zu wenig, kritisieren die Gewerkschaften. „Einen Polizeimeister A 7 mit 600 Euro brutto abspesen zu wollen, ist ein Witz. Wir fordern eine vierstellige Summe“, sagte DPoIG-Landeschef Wolfgang Ladebeck.

Finanzminister André Schröder (CDU) verteidigte bei der Demonstration die Entscheidung der Landesregierung, das Weihnachtsgeld erst ab 2017 zu zahlen. „Der Einsatz für ein

Weihnachtsgeld schon in diesem Jahr sei im Wahlkampf unter dem Vorbehalt der Regierungsbildung erfolgt. Dass wir das in Aussicht gestellt haben, heißt nicht, dass wir lügen“, sagte er dem mdr. Diese Landesregierung mache mehr für die Beamten dieses Landes, als alle Landesregierungen davor.

Innenminister Holger Stahlknecht nahm sein „Weihnachtspräsident“ mit der Bemerkung entgegen, dass sein Paket symbolisch gefüllt sei mit 6 400 Polizeibeamten und elf Millionen Euro für das Antiterrorpaket. „Über das Weihnachtsgeld können wir uns später unterhalten“, sagte Stahlknecht. ■

Zwischenbilanz für den öffentlichen Dienst:

„Halbzeit R2G“

Am 29. November 2016 debattierte der Thüringer Beamtenbund (tbb) mit dem Thüringer Staatskanzleiminister Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (Die Linke) und dem Oppositionsführer im Thüringer Landtag, Mike Mohring (CDU), darüber, was sich nach zwei Jahren rot-rot-grüner Regierung für den öffentlichen Dienst in Thüringen verändert hat.

Der Landesvorsitzende des tbb, Helmut Liebermann, eröffnete das Symposium provokativ mit einem Fazit aus einer aktuellen IFO-Umfrage, wonach die rot-rot-grüne (R2G-) Regierung an Zustimmung bei den Wählern verliert. Unter den Landesbeschäftigten würde langsam Ernüchterung überwiegen in Anbetracht des Vorhabens für eine Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform, über die zwar alle reden, aber keiner von den Verantwortlichen mit den Beschäftigten. Auch habe R2G bislang keine Lösung für den weiterhin bestehenden Stellenabbaupfad in Anbetracht der massiven Aufgabenfülle finden können, was auch weiterhin zu zahlreichen Ausfällen und Problemen auch im Bereich Polizei und Schule führt. „Arbeit 4.0 in der öffentlichen Verwaltung ist nicht generell eine Lösung – Polizei und Lehrer kann man nicht digitalisieren“, schlussfolgerte Liebermann und betonte gleichzeitig in seiner Eröffnungsrede: „Mitglieder vor Ort in den Behörden sind keine Blockierer. Aber die Maßnahmen müssen für alle erkennbar einen Sinn machen.“

■ Gallische Dörfer

Der Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Stefan Wolf schloss mit einer Einschätzung der Landesregierung aus kommunaler Sicht an die Rede Liebermanns an. Er befand den Start der R2G-Regierung holf-

rig, da er überlagert war vom Thema Flüchtlinge. Die Kommunikation mit dem zuständigen Minister wäre von Anfang an schwierig gewesen. Doch dank des Landesverwaltungsamts sei alles seinen Weg gegangen. Die kommunale Finanzierung war für viele ein Streitfall, jedoch nicht für ihn. Weimar stünde finanziell sehr gut da. Daher verstehe er die Pläne für eine Einkreisung Weimars nicht. „Wir wehren uns als gallisches Dorf gegen die Einkreisung“, so Wolf. Auch beklagte er die mangelnde Kommunikation. Den Menschen vor Ort habe bislang niemand einen vernünftigen Grund für die Einkreisung genannt. Mit dem Personal habe bislang auch niemand geredet. „Wenn ich Landkreise zusammenlege, spare ich vielleicht einen Landrat, den Fahrer und seine Sekretärin ein. Die meisten Kollegen werden jedoch nach Fallzahlen beschäftigt und die verändern sich in der Regel durch die Zusammenlegung nicht“, schloss der Weimarer OB seine Rede.

Prof. Everhard Holtmann, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung in Halle-Saale, holte die sich abzeichnende Debatte über Sinn und Zweck einer Kommunal- und Gebietsreform in Thüringen auf die wissenschaftliche Ebene und zeigte anhand von Feststellungen, die er aus vergleichbaren Reformen anderer Bundesländer der letzten Jahre gewonnen hatte, Vor- und



> Stefan Wolf, Oberbürgermeister von Weimar

Nachteile auf. Es ließe sich sogar wissenschaftlich erklären, warum in Thüringen so starker Gegenwind zur Gebietsreform herrsche. Generell seien Gebietsreformen immer sehr umstritten. Das läge an der örtlichen Verwurzelung. 84 Prozent aller Ostdeutschen fühlen sich vor allem mit ihrem Wohnort verbunden, nur bei den jüngeren ist die Verbundenheit mit dem Bundesland größer als mit dem Wohnort. Und in Thüringen gäbe es einen recht hohen Altersdurchschnitt.

■ Gebietsreform notwendig

Auch sei die Kritik der Kommunalpolitiker, dass mit größeren Strukturen die Rückkopplung von Gewählten zu ihren Wählern geringer würde, definitiv berechtigt. Es kam jedoch bei nahezu allen Gebietsreformen tatsächlich zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung. Prof. Holtmann relativierte jedoch umgehend, dass die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung weniger durch finanzielle Einsparung bedingt war. Holtmann schloss seinen Vortrag mit einem Fazit für Thüringen: „Eine Kreis- und Gemeindegebietsreform in Thüringen ist zwingend geboten.“ Er begründete dies mit der Überalterung sowie dem Bevölkerungsrückgang. Dieser läge zwischen 10,3 Prozent in Gotha und 24,2 Prozent in Greiz.

Der Abend gipfelte in einem von Paul-Andreas Freyer (MDR) moderierten Streitgespräch zwischen Mike Mohring (CDU) und Prof. Benjamin-I. Hoff (Die Linke), der erst kurzfristig für den verhinderten Ministerpräsidenten Bodo Ramelow einsprang. Freyer eröffnete das Streitgespräch namensentsprechend mit einer recht polarisierenden Frage zum die Gebietsreform vorbereitenden Vorschaltgesetz der Regierung. Aus Mohrings Sicht sei dieses verfassungswidrig und auf seiner Basis keine Kommunalisierung möglich. Opposition, Bevölkerung und Landkreise wurden nicht einbezogen. „Wir stehen nicht für Gespräche zur Verfügung, die auf Basis eines Gesetzes geführt werden, das wir formal und inhaltlich für verfassungswidrig halten“, erklärte der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion.

Hoff wünschte sich eine ergebnisorientierte Diskussion zur Kommunal- und Gebietsreform. Das Vorschaltgesetz sei ein wichtiger Schritt und werde von seiner Regierung auch nicht zurückgenommen. So müsse gegebenenfalls das Verfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit prüfen.

Doch was habe sich für die Beschäftigten im Land nach zwei Jahren R2G verändert, fragte Freyer die Diskussionspartner. Hoff stellte als positiv heraus, dass es der R2G-Regierung gelungen sei, stärker

© TBB (3)



> Prof. Dr. Everhard Holtmann

mit den Personalräten und Gewerkschaften zu reden. Im Bereich Polizei habe eine Expertenkommission Veränderungsbedarfe lokalisiert. Mohring konterte prompt mit Zahlen aus dem immer wieder krisengeschüttelten Polizeibereich: 534 unbesetzte Polizeistellen, 90 unbesetzte Verwaltungsstellen seien die Bilanz dieser Regierung. Dazu käme noch die Beleidigung unserer Polizei durch einige Abgeordnete der Linksfraktion.

■ Neue Lehrkräfte

Hoff zeigte sich erstaunt über die Bilanzziehung von Mohring, dass R2G allein an dieser Situation Schuld tragen soll. Der Kultusbereich sei ebenfalls ein schweres Feld. Hier müssen unter anderem im Bereich der Schulverwaltungen im Rahmen der Verwaltungsreform Veränderungen vorgenommen werden. Seine Regierung stelle jedoch im Gegensatz zur CDU-geführten Vorgängerregierung jährlich 500 neue Lehrer ein, um dem Stundenausfall zu begegnen. „Sie sind doch ange-treten, um vielleicht nicht alles anders, aber vieles besser zu machen“, so Mohring und relativierte die Einstellungszahlen: „Zwei Drittel aller neu eingestellten Lehrer hat nicht die geforderte Fächerkombination.“ Dass hier am Ende andere Kandidaten eingestellt wurden, sei auch Schuld der neuen Landesregierung, da Stellen zu spät ausgeschrieben und somit

auch zu spät eingestellt würde. Man sollte auch in Thüringen erlauben, dass sich Referendare mit dem Zwischenzeugnis bewerben können. Zudem seien die Schulen überfordert mit der vorangetriebenen Inklusion, ohne Personalunter-setzung.

Mohring prognostizierte der R2G Regierung, dass sich perspektivisch auch ein Fachkräfteproblem an den Gerichten abzeichnen würde. „Bis 2020 werden uns 500 Richter fehlen. Doch die Reaktion von R2G auf die sich abzeichnende Situation war die Kürzung von Geldern für Referendare und die Streichung des Beamtenstatus auf Widerruf.“ Fazit war, dass sich die Zahlen der die Referendarausbildung in Thüringen Absolvierenden halbiert habe. „Jede Regierung, egal welche Farbe, muss dafür sorgen, dass es dem Land besser geht und sich nicht allein um seine politische Vorstellung kümmern.“

„Es war ein CDU-zugehöriger Finanzminister Voss, der nach außen zwar einen radikalen Stellenabbau gefordert habe, aber keine dementsprechenden Abbauzahlen nachweisen konnte“, entgegnete Hoff und verwies auf das unter der CDU-geführten Regierung beschlossene und weiterhin gültige Stellenabbaukonzept, dass zu vielen Handlungen zwingt. Erst eine R2G-Regierung habe sich das Konzept vorgenommen und auf Machbarkeit überprüft. „Es ist in den ver-

gangenen zehn Jahren immer allein darüber diskutiert worden, dass es zu viel Personal im öffentlichen Dienst gibt. Wir verlieren bis 2020 jedoch 16 100 Beschäftigte. Wir müssen also weg von einem Stellenabbau und hin zur Personalentwicklung“, konstatierte Hoff.

■ Diskussion

In der anschließenden Publikumsrunde wurde das Podium durch Prof. Holtmann und OB Wolf ergänzt. Fragen kamen zur Situation junger Beschäftigter in den Kommunen von der Vertreterin der tbb Jugend, Mareike Klostermann. Diese sah in den bisherigen Äußerungen keinen Willen, junge befristet Beschäftigte in den Kommunen im Rahmen der Verwaltungsreform zu schützen. Kritik wurde auch durch den BDF-Vorsitzenden Schiene an der Tatsache geübt, dass der Forstbereich, trotz Reform in den letzten Jahren, wieder in die Betrachtungen zu einer weiteren Verwaltungsreform einbezogen wurde.

Der amtierende Vorsitzende des BRH-Seniorenverbandes, Jürgen Pfeffer, erinnerte die Vertreter von Regierung und Opposition daran, dass sie alle den Menschen in Thüringen verpflichtet seien. Er führt als Beispiel für schlechte Politik auf beiden Seiten das Behindertengleichstellungsgesetz an. Zehn Jahre CDU-Regierung sowie zwei Jahre R2G haben es nicht geschafft, ein solches endlich auf den Weg zu brin-

gen. Das gleiche gelte für das Seniorenmitwirkungs-gesetz, das dringend überarbeitet gehöre. Pfeffer fragte Mohring mit Blick auf die vorangegangenen Debatten rhetorisch, wann denn die meisten aus der Bevölkerung abgewandert seien.

Mohring räumte ein, dass schwierige Jahre des Aufbaus hinter ihnen lägen, aber mittlerweile sich die Ausgangslage verändert habe und die Leute zurückkämen. Tatsache sei, dass die Union nach 25 Jahren ein wirtschaftlich stabiles und solides Bundesland mit moderner Infrastruktur und einer funktionierenden Verwaltung „an die Dunkelroten übergeben“ hat. Um dahin zu kommen, hat es nach der Wende freilich viel Geld und Arbeit gebraucht. Das konnte nur über Schulden finanziert werden. Das war aber 40 Jahren sozialistischer Misswirtschaft geschuldet. Unter Lieberknecht wurde ja dann auch wieder mit dem Schuldenabbau begonnen. So schlecht können die Regierungen seit 1990 in Thüringen nicht gewesen sein, immerhin stehen wir besser da als die meisten anderen ostdeutschen Bundesländer!

Liebermann schloss die Veranstaltung mit dem Dank an alle Beteiligten. Die unparteiische, aber streitige Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern bleibe der Beitrag des tbb zur Gestaltung der Zukunft Thüringens.

Geschäftsstelle tbb



> Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Moderator Paul Andreas Freyer (mdr) und Mike Mohring (von links).

Interview:

„Bricht Thüringen auseinander?“

Die Thüringer komba Landesvorsitzende Marion Illguth im Gespräch mit der Präsidentin des Landkreistages Thüringen, der Landrätin des Landkreises Greiz, Martina Schweinsburg.

Marion Illguth:

Frau Schweinsburg, die von der Landesregierung geplante Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform ist in Thüringen nicht nur in der Politik und den Verwaltungen, sondern auch in der Bürgerschaft ein viel diskutiertes und auch kritisiertes Thema. Wie stehen Sie dazu?

Martina Schweinsburg:

Als Landrätin und auch Präsidentin des Landkreistages darf ich sagen, dass gegen eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform grundsätzlich keine Einwände bestehen. Erst wenn diese erfolgt ist, stellt sich heraus, ob eine Gebietsreform erforderlich ist. Es müssen immer mal wieder Korrekturen und Anpassungen erfolgen, um neuen Herausforderungen angemessen begegnen zu können. Jedoch sollten Zeitschiene, Vorgehensweise und Zielsetzung wohlüberlegt sein. Die Landesregierung versucht am Bürger vorbei eine Reform in kürzester Zeit durchzupfeilschen, deren Ziele in erster Linie politisch motiviert sind.

Ungeachtet des Bürgerwillens sollen per gesetzlichem Diktat Gebietskörperschaften zusammengelegt werden, die nachvollziehbar nicht zusammen wollen. Sei es aus historischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen. Als Beispiel sei das nahezu schuldenfreie Eichsfeld genannt, dass mit dem insolventen Unstrut-Hainich-Kreis zusammengelegt werden soll. Ein anderes Beispiel ist die Stadt Weimar. Weltbekannt, ehemalige Kulturstadt Europas mit großer Verantwortung für Thürin-

gen und Deutschland soll seine Kreisfreiheit verlieren.

Es besteht die Gefahr, dass Thüringen, historisch ohnehin ein künstliches Gebilde, auseinanderbricht. Das Eichsfeld hat bereits öffentlich den Wunsch geäußert, nach Niedersachsen zu wollen, und das nach wie vor fragile Verhältnis zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Kreis Sonneberg, die sich zu den Franken gehörig fühlen und nach Bayern streben, wird zusätzlich belastet. Schon der Einstieg in diese Reform mit dem Vorschaltgesetz ist eine Katastrophe.

Marion Illguth:

Das Vorschaltgesetz wird nicht nur vom Landkreistag abgelehnt, sondern es wurden bereits von Landkreisen, einer kreisfreien Stadt und von der CDU Thüringen Verfassungsklagen eingereicht. Was sind Ihre wesentlichen Kritikpunkte? Was hätte nach Ihrer Meinung am Vorschaltgesetz anders gemacht werden sollen?

Martina Schweinsburg:

Hierzu könnte man sehr viel sagen, was diesen Rahmen sprengen würde. Jedoch einige Punkte möchte ich beispielhaft herausgreifen. Das Vorschaltgesetz ist eine leere Hülle. Es fehlen klare und verbindliche Aussagen zur angekündigten Verwaltungs- und Funktionalreform. Es ist in großen Teilen zu allgemein formuliert. Konkrete Einspareffekte in einer Größenordnung von 44,8 VbE in der Landesverwaltung sind nicht der große Wurf. Eine geplante Neudefinition der Aufgabenverteilung ein-

schließlich der Verteilung der damit verbundenen finanziellen Lasten insbesondere auf die Kommunen fehlt gänzlich.

Was geschieht in der Folge der Reform mit Sparkassen, öffentlichem Personennahverkehr, Krankenhäusern, Beteiligungen von Kommunen an Unternehmen und den in der Vergangenheit getätigten Investitionen von Kommunen, die sich das finanziell leisten konnten.

Auch die Herangehensweise widerspricht jeder Logik. Zuerst wird die Fläche neu gegliedert, erst danach werden Verwaltungen neu strukturiert und Aufgaben neu definiert und verteilt. Ich sehe für die Kommunen finanzielle Nachteile, für die Bürger längere Wege zu den Ämtern und eher ein Aufblähen von Verwaltung. Die Tatsache, dass Mittelzentren Ausländerbehörden bekommen sollen, belegt dieses. Im Übrigen ist dieses auch ein Widerspruch zur proklamierten „Einräumigkeit“ der Verwaltung.

Es ist darüber hinaus geplant, staatliche Aufgaben auf Kommunen zu übertragen. Hier sehe ich die Gefahr, in die kommunale Selbstverwaltung hineindirigieren zu wollen.

Gerade für Sie als Vorsitzende der kombagewerkschaft Thüringen dürfte der §1 dieses Gesetzes ein Dorn im Auge sein. Dort ist formuliert: (1) Ziel der Gebietsreform ist die Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtsicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Im Rückschluss heißt das, dass die Mitarbeiterinnen und Mit-



> Landrätin Martina Schweinsburg

arbeiter in den Behörden heute leistungsschwach, mit wenig Verwaltungskennntnis ihre Aufgaben unsachgerecht, bürgernah, rechtsunsicher und nicht eigenverantwortlich wahrnehmen. Meine Erfahrungen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Landratsamtes sind gegenteilig.

Marion Illguth:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen befürchten längere Wege zur Arbeit und Arbeitsplatzabbau und sie haben Bedenken, dass aufgrund der geplanten Zeitschiene zur Umsetzung der Reform die ohnehin schon hohe Belastung in den Ämtern ein gesundheitsgefährdendes Maß annimmt und darüber hinaus der zu erwartende Unmut der Bürgerinnen und Bürger auf ihnen abgeladen wird. Bestehen die Befürchtungen zu Recht?

Martina Schweinsburg:

Die Zeitschiene ist eine Vorgabe, die die notwendige Qualität in der Aufgabenerfüllung stark gefährdet, ja sogar die Erfüllung einzelner Aufgaben in Gänze unmöglich macht und somit der Reform insgesamt erheblich schadet. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Infolge der Gebietsreform werden sicherlich auch Behördenstandorte verändert, sodass von betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch längere Wege in Kauf genommen werden müssen. Dieses geht mit jeder Gebietsreform einher.

© komba

Auch ist damit zu rechnen, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die ihr Missfallen über die Reform und ihre persönliche Benachteiligung gegenüber Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern artikulieren. Jedoch sollte man bedenken, dass diese Reaktionen bei allen Veränderungen im Leben von Menschen bei dem einen mehr bei dem anderen weniger stark ausgelebt werden.

Ob Arbeitsplätze gefährdet sind, kann aufgrund der mangelhaften und ständig wechselnden Informationspolitik der Landesregierung zurzeit keiner verbindlich sagen.

Jedoch nach den vorliegenden recht spärlichen Informationen ist zumindest im kommunalen Bereich nicht mit einem Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Da die Landesregierung jedoch ihre Informationen häufig umformuliert, ist auch diese Einschätzung nur eine Momentaufnahme.

Marion Illguth:

Sollte das Landesverwaltungsamt abgeschafft und die Aufgaben auf andere Behörden verteilt werden?

Martina Schweinsburg:

Ein klares „Nein“! Die positiven Erfahrungen mit dieser Behörde, unter anderem als Auf-

sichts- und Bündelungsbehörde, überwiegen und sollten auch in Zukunft erhalten bleiben. Inwieweit innerhalb dieser Behörde strukturelle Veränderungen erfolgen sollten, würde mich nur tangieren, wenn die Landkreise betroffen wären. 1 400 Mitarbeiter im Landesverwaltungsamt haben Aufgaben und reichlich Arbeit. Wo soll diese Arbeit dann erledigt werden?

Marion Illguth:

Der Ministerpräsident hat den Gewerkschaften zugesichert, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem Reformprozess mitgenommen wür-

den. Leider ist bis heute nichts in diese Richtung geschehen, was als Mitnahme bezeichnet werden könnte. Wie ist beziehungsweise wird Ihre Vorgehensweise sein?

Martina Schweinsburg:

Es ist zu früh, hierzu konkret etwas zu sagen, bevor ich nicht verbindlich weiß, was auf die Landkreise zukommt. Ich will nicht unnötig Unruhe in die Kommunalverwaltungen bringen, aber ich sichere Ihnen zu, dass ich im eigenen Interesse die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im notwendigen Umfang jeweils zeitnah informieren werde. ■

Grundsätzegesetz:

Personalvertretungen bleiben unbeteiligt

Mit Enttäuschung reagierte der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes auf die Verabschiedung des Grundsätzegesetzes im Thüringer Landtag.

Dieser hatte mit einer Mehrheit von 48 von 89 Stimmen für das Gesetz gestimmt, in dem Festlegungen eines Kommunalisierungsgebotes, eines zwingenden Personalabbaus, eines zweistufigen Verwaltungsaufbaus und der Einräumigkeit der Verwaltung enthalten sind, jedoch keine Regelung zur Einbeziehung des Personals im öffentlichen Dienst oder seiner Personalvertretungen.

Zwar hatten die Regierungsfractionen quasi in letzter Minute einen Änderungsantrag eingebracht, wonach wenigstens die Spitzenorganisationen DGB und Beamtenbund zu beteiligen wären, die ursprünglich den Spitzenorganisationen vorgeschlagene Fassung, dass daneben auch das Personal unmittelbar sowie die Personalvertretungen einzubeziehen sind, wurde ohne nähere Begründung gestrichen.

Dies hatte der Beamtenbund in zahlreichen Stellungnahmen zu dem Gesetz sowie in Gesprächen gefordert. Zuletzt war dies auch durch Regierungsvertreter auf Veranstaltungen von ver.di (DGB) am 22. November 2016 und beim Symposium des Beamtenbundes am 29. November 2016 zugesagt worden. Damit enthält das Thüringer Gesetz über die Grundsätze von Funktional- und Verwaltungsreform (ThürGFVG) keine Regelung, die bei Umstrukturierungen in den Verwaltungen auch eine frühestmögliche Beteiligung der Personal- und Schwerbehindertenvertretungen vorsieht.

„Welche verheerende Botschaft einer rot-rot-grünen Regierung gegenüber Bürgern und Wirtschaft“, konstatiert Liebermann, Vorsitzender des Thüringer Beamtenbundes. „Eine echte Beteiligung und die Mitnahmen der Beschäftigten

an der geplanten Verwaltungsreform sieht anders aus. Eine Akzeptanz bei Reformvorhaben wird nur erreicht, wenn sich die Beschäftigten frühzeitig beteiligen und den Reformprozess mitgestalten können.“

Noch im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag „Thüringen gemeinsam voranbringen“ hieß es unter Punkt 11.1 Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform: „Uns ist bewusst, dass die Anforderung an die Herstellung gesellschaftlicher Zustimmung für ein solches Vorhaben sehr groß ist. [...] Grundsatz dieses Prozesses ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Darüber hin-

aus sind neben den kommunalen Spitzenverbänden auch Gewerkschaften, Berufsverbände und Personalvertretungen einzubeziehen [...]“

Liebermann merkt dazu an, dass auch das Thüringer Personalvertretungsgesetz keine dementsprechenden Regelungen enthält. Erst eine Novellierung könnte dem Abhilfe schaffen. Diese würde jedoch frühestens 2018 in Kraft treten können, da bislang noch nicht einmal ein Gesetzesentwurf vorliegt. 2018 soll jedoch der Umbau der Landesregierung bereits losgehen. Das Gesetz käme zu spät. ■



> Die Landesleitung des tbb und Kolleginnen und Kollegen aus den Thüringer Fachgewerkschaften sowie Gäste des tbb vertraten auch in diesem Jahr bei der 58. Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion in Köln den Thüringer Beamtenbund. Das Thema lautete dieses Mal: „Europa – Quo vadis?“

